
Dieselskandal kostet die Rechtsschutzversicherungen 1,2 Milliarden Euro

Gut sechs Jahre nach Bekanntwerden des Dieselskandals steigen die Prozesskosten weiter an. „Die Aufwendungen der Rechtsschutzversicherer für Anwalts-, Gerichts- und Gutachterkosten haben sich auf 1,21 Milliarden Euro erhöht“, sagte Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), heute in Berlin. Es handelt sich demnach um das teuerste Schadenereignis in der Rechtsschutzversicherung überhaupt.

Nach den jüngsten Erhebungen der Versicherungswirtschaft nahmen bis Ende Oktober rund 380.000 Kunden ihre Rechtsschutzversicherung im Streit mit Autoherstellern wegen mutmaßlich manipulierter Abgaswerte in Anspruch. Das sind über 25.000 Fälle mehr als im Mai.

„Der Gesamtstreitwert aller über die Rechtsschutzversicherer abgewickelten Diesel-Rechtsschutzfälle ist damit auf 9,8 Milliarden Euro gestiegen“, so Asmussen. Der durchschnittliche Streitwert pro Fall liege bei rund 26.000 Euro. Zu Beginn habe der einzelne Streitwert bei 22.500 Euro gelegen. „Das zeigt, dass zunehmend höherpreisige Fahrzeuge und Premiumhersteller in den Fokus geraten sind“, sagte der GDV-Hauptgeschäftsführer.

Insgesamt bearbeiten die Rechtsschutzversicherer jährlich über vier Millionen Fälle und leisten dafür rund drei Milliarden Euro. (aum)

Bilder zum Artikel

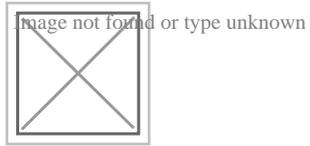


Foto:

